



ANGELA MERKELS RAUTE. Das Pensionssystem beider Länder könnte vertrauensbildende Maßnahmen gut gebrauchen.

Das Renten-Länderspiel

Im deutschen Wahlkampf spielte das „**RENTNERPARADIES ÖSTERREICH**“ eine Rolle. Richtig oder bloßer Mythos? Der genaue Vergleich des deutschen Pensionssystems mit dem österreichischen bringt einige Überraschungen, aber vor allem eine Erkenntnis: Nachhaltig sicher sind beide nicht.

Der konservative Kanzlerkandidat Sebastian Kurz positioniert sich politisch gnadenlos am gesamten Spielfeld – von rechtsaußen bis neuerdings auch linksaußen. Er erklärt, im Gegensatz zu seinem Integrationsberater Heinz Fassmann und allen Fachleuten, doppelt fragwürdig: „Die Pensionen sind sicher ..., wenn wir das System vor zu viel Zuwanderung schützen.“ Er will zwar die Sozialversicherung „aufbrechen“, hält aber jetzt erst mal christlich-sozial am Pensionssystem fest wie es ist und wie es sein Noch-Partner SPÖ – und die überwiegende Mehrheit der Österreicher – auch will.

Das heißt: Lebensstandard- statt Grundsicherung; Umverteilung statt Beitragsäquivalenz und gleicher Wertsicherung für alle; 40 Jahre EuGH-widriges vorzeitiges Pensionsalter für Frauen bis

2033; bis ein Drittel impliziter Beitragsatz oder Bundeszuschüsse zur Deckung der Beitragslücke; höchste Pensionsausgaben nach der Ukraine, kein Nachhaltigkeitsfaktor; kein Automatismus; kein höheres Pensionsalter wie „Rente mit 67 – selbst bei 80 bis 109 Tagen Lebenserwartungszuwächsen jährlich.

Bei der Alterssicherung sind die Kurz-VP und die SPÖ näher an den deutschen „Linken“ als ihre Schwestern SPD und Union. Österreich also als Vorbild für eine Rentenreform in Deutschland?

Der Linke Oscar Lafontaine ließ schon im März 2017 „Renten rauf wie in Österreich. Im Schnitt 800 Euro mehr!“ plakatieren. Das Thema beherrscht seither TV-

Talk-Shows und Bundestagsdebatten. Viel kürzer arbeiten für sehr viel mehr Pension? Davon träumen auch immer mehr Deutsche. In einer faktenbasierten Bestandsaufnahme „Der Renten-Report“ des ARD wurden vier sogenannte „Stammtisch“-Thesen kritisch beleuchtet und hinterfragt: „1. Der Hälfte aller künftigen Rentner droht Altersarmut. 2. Die private Vorsorge ist gescheitert. 3. Die Jungen zahlen die Zeche. 4. Andere Länder machen's besser, zum Beispiel Österreich.“

DEUTSCHE MASSENARMUT IM ALTER? Weit verbreitete Altersarmut in Deutschland wurde 1957 mit Konrads Adenauers Diktum „von 64 DM kann kein Mensch leben“ und der Einführung der „dynamischen Rente“ mit bis zu 70 Prozent Rentnerhöhung fast über ►

VON BERND MARIN

FOTOS:

► Nacht abgeschafft. Das bescherte der CDU/CSU die einzige absolute Mehrheit nach dem Krieg.

Jetzt wächst Altersarmut seit vielen Jahren wieder deutlich. Aber sie ist mit 9,4 Prozent immer noch geringer als in Österreich mit 11,4 Prozent. In beiden Ländern ist sie höher als im EU-Mittel. Selbst Krisenländer wie Irland, Spanien, Portugal oder gar Griechenland haben weniger Altersarmut – von 6,7 bis 8,1 Prozent.

Die von der Bertelsmann Stiftung beauftragten Wirtschaftsforschungsinstitute DIW Berlin und ZEW Mannheim erwarten eine weitere, aber keineswegs drastische oder gar pandemische Verschlechterung: statt derzeit jede(r) Sechste (16 Prozent) würde 2036 jede(r) Fünfte (20 Prozent) armutsgefährdet sein.

Aber im Osten Deutschlands liegt dieser Wert bei katastrophalen 36 Prozent. Besonders betroffen sind – wie schon heute – Personen ohne Berufsausbildung (14 Prozent), Langzeitarbeitslose (22 Prozent) und sehr viel mehr (vor allem alleinstehende) Frauen (28 Prozent) als Männer.

Von den 18 Millionen Seniorinnen beziehen heute 521.000 (statt 250.000 im Jahre 2.000) eine streng bedürftigkeitsgeprüfte und daher aus Demütigung und Scham stark unterbeanspruchte Grundsicherung von 409 Euro plus „Mehrbedarfe“ wie Wohnkosten. Zuvor müssen auch noch das Auto verkauft werden und die Ersparnisse bis auf 2.600 Euro aufgebraucht sein.

Das ist sehr bitter in einem so reichen Land, selbst wenn nur drei Prozent der Älteren betroffen sind, gegenüber zwölf Prozent Armen in der Gesamtbevölkerung. Doch Armut im Alter ist absolut aussichtslos lebenslänglich.

DIE NEUE MALAISE. Ohne Reformen zu mehr Armutsfestigkeit würde die Grundsicherungsquote in den nächsten 20 Jahren im Osten von sieben auf über elf Prozent ansteigen. Peinlicherweise hat Deutschland gerade für Niedrigverdiener das geringste Rentenniveau in der OECD – außer Mexiko.

Die neue digitale Arbeitswelt 4.0 wird diese Malaise weiter zuspitzen: unstete Arbeitsverhältnisse, Minijobs, Soloselbstständigkeit/EPUs, Leiharbeit, weit verbreitete Teilzeit, brüchige Erwerbsbiographien, später Berufseinstieg und Prekarisierung werden das Bismarck-Modell weiter erodieren lassen. Deutschland muss also vorab sein Rentensystem ar-



SORGEN UM DIE ZUKUNFT. Die neue digitale Arbeitswelt, unstete Arbeitsverhältnisse, Minijobs sowie später Berufseinstieg werden das klassische Pensionsmodell weiter erodieren lassen.

mutsfester machen. Aber weder Österreich als Vorbild, noch die empfohlene großzügige Anhebung des allgemeinen Rentenniveaus helfen hier.

Denn gemütlich höhere österreichische Rentenniveaus würden gerade Personen mit hohen Anwartschaften und geringstem Armutsrisiko begünstigen. Und nicht jene, die durch Teilzeit, familien-, arbeitsmarkt- oder gesundheitsbedingte Berufsunterbrechung und fehlende Beitragszeiten von 35 bis 45 Jahre vollzeitbeschäftigten Arbeiter als „Eckrentner“ des Industriezeitalters abweichen.

EUROPA DRIFTET AUSEINANDER. So variieren relative Armutsgrenzen zwischen 2.600 Franken für Einzelpersonen in der Schweiz, 1.639 Euro in Luxemburg und 151 Euro monatlich in Bulgarien. Rumänien verfügt über zehn Prozent des EU-Durchschnittseinkommens bei 70 Prozent der EU-Lebenshaltungskosten.

Deutsche Grundsicherung und Sozialhilfe liegen näher bei Rumänien als bei Luxemburg. Deutsche erhalten keine Mindestrente und die Durchschnittsrente ist mit nur 909 Euro brutto zwölf Mal jährlich niedriger als die „Ausgleichszulage“ in Österreich (14 mal 889 bis 1.000 Euro). Gesamtprädikat aus Nachbarsicht: kleinlich und engherzig.

Wenn Deutschland rentenpolitisch von einem Nachbarn lernen wollte, dann wären die Niederlande anzurufen: mit

über 90 Prozent Nettoersatzrate noch großzügiger als Österreich, aber mit zwei Prozent Armut und sechs Prozent Armutsgefährdung Älterer Österreich haushoch überlegen. Hier liegt die Rate bei 14 Prozent. Und der niederländische 3-Säulen-Mix ist zudem viel nachhaltiger und risikofester.

„Das Rentenparadies Österreich“: 40 Prozent besser? Der neue Narrativ in Deutschland geht ungefähr so. Deutsche müssen für sehr viel weniger Pension sehr viel länger arbeiten als die Ösis. Langjährig versicherte Männer erhalten bei genau gleichen Löhnen 14 mal 1.560 Euro statt 12 mal 1.050 Euro, also 73 Prozent mehr Bruttopension.

Aber das Sicherungsniveau ist nicht nur bei Durchschnitts-, sondern auch bei Mindestrenten, Erwerbsminderung und Witwen in Österreich deutlich besser.

Aber, so beharrt die DGB-eigene Hans Böckler-Stiftung: „Ein starkes öffentliches Rentensystem belastet nicht die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes“. Im Gegenteil: Wachstum, Beschäftigung, Stundenproduktivität, Wettbewerbsfähigkeit und Nominalentgelte würden seit dem Jahr 2.000 Österreich voran zeigen – trotz höherer Pensionsausgaben und Lohnnebenkosten.

Und das Gegenargument geringerer „finanzwirtschaftlicher Nachhaltigkeit“ Österreichs, wie das Experte Bert Rürup diagnostiziert, wird damit zu entkräften versucht, dass laut Ageing Report ►

► 2015 Deutschland bis zum Jahr 2060 mit plus 2,7 Prozentpunkten einen wesentlich stärkeren Anstieg der öffentlichen Pensionskosten erwarde als Österreich mit bloß 0,5 Punkten.

Aber ist das auch alles wahr? Österreich seien seine Rentner eben einfach mehr wert – tatsächlich sind die Pensionsausgaben mit fast 14 zu zehn Prozent des BIP ungleich höher (OECD-Mittel 8,7 Prozent). Und mit viel höheren Abgaben und Steuern auch die Leistungen für Pensionen – auf Kosten von Bildung, Gesundheitsprävention, Kinderbetreuung, usw.

Mehr Zuwanderung in Österreich erlaubt auch höhere Leistungen bei gleichen Beiträgen. Dass angeblich „kaum höhere Beiträge“ sehr viel höhere Renten brächten ist bei Berücksichtigung des impliziten Beitragssatzes durch Bundeszuschüsse ebenso falsch, wie die Simpelei, dass Arbeitgeber mehr beisteuerten als Arbeitnehmer. Unsinn, wenn doch alle Sozialabgaben „vorenthaltener Lohn“ sind, oder?

DIE AGENDA 2010. Zutreffend sind freilich die sehr unterschiedlichen Reformwege seit den 1990er Jahren: Mainstream-Privatisierung versus eines österreichischen Sonderwegs. Statt Absenken des Pensionsniveaus im Vertrauen auf ausgleichende Betriebsrenten/bAV und eine staatlich geförderte, freiwillige, private Zusatz-Rente, die sogenannte „Riester-Rente“, hat Österreich die erste Säule durch das APG weiter konsolidiert und sich an die Harmonisierung der Beamten gewagt, wenn gleich zögerlich und mit unrühmlichen Ausnahmen wie Wien.

Zudem hat Österreich eine umfassende Erwerbstätigenversicherung, die auch Selbständige, Freiberufler, Landwirte etc. mit einbezieht, während in Deutschland neben Angehörigen von 91 berufsständischen Versorgungswerken weitere drei Millionen Unternehmer - von Inhaberinnen von Waxing-Studios über Taxifahrer bis hin zu Eigentümern großer Industriebetriebe - nicht zum Versichertenkreis der GRV gehören.

In Deutschland hat sich die Massenarbeitslosigkeit durch die Agenda 2010 verflüchtigt und Erwartungen an die Kapitalmärkte erwiesen sich als überzogen: die Wirtschaft boomt, doch der Garantiezins der Riester-Rente ist von vier auf 1,25 Prozent gefallen. Daher konnte ein sinkendes gesetzliches Rentenniveau nicht durch bAV und Riester-Rente kompensiert werden. Das untere Drittel der

Statt großer konsensueller Würfe wie in Schweden, bleiben Deutschland und Österreich Durchwursteln.“

Arbeitnehmer ohne Zusatzrenten schmerzt die Schwächung der ersten Säule, während die Ösi-Mindestrentner ihre Situation verbesserten. Kapitalgedeckte Ergänzung geht, wie in Schweden, nur verpflichtend - wie der Erfinder Walter Riester immer schon wollte, aber nicht durchsetzen konnte.

Freilich wird vielfach Unvergleichliches verglichen. Und manches lässt sich gar nicht genau messen – etwa die Effekte langsamerer Alterung und höherer Zuwanderung in Österreich. Ebenso erhöht das Herausrechnen „zwischenstaatlicher“ Minipensionen nicht langjährig Beschäftigter das Pensionsniveau in Österreich künstlich.

Weiters bevorzugt die viel bessere, grundsätzlich lohnorientierte Valorisie-

rung der Renten Deutschland gegenüber den bloß inflationsgesicherten Pensionen in Österreich. Je länger, desto mehr: mit wachsender Bezugsdauer fallen gerade hochbetagte Pensionistinnen immer weiter gegenüber der Erwerbsbevölkerung zurück, während die eher mauen deutschen Eingangsrenten zumindest nicht weiter abgehängt werden. Viel mehr und frühere Frührenten in Österreich bei höherer Langlebigkeit verschärfen diesen Nachteil.

Doch der Grundbefund weit höherer Generosität und entsprechend höherer Kosten hält als unstrittig: Rürup schätzt 40 Prozent, die Deutsche Rentenversicherung 58 Prozent höhere gesetzliche Renten in Österreich. Laut OECD sind die Bruttoersatzraten in Österreich doppelt so hoch (78,1 zu 37,5 Prozent), die entscheidenden Nettoersatzraten, das heißt Pensionen im Vergleich zu Aktiveinkommen in Österreich 91,6 Prozent, im OECD-Mittel 63 Prozent, in Deutschland 50 Prozent.

Hinzu kommen jedoch ausgleichend die Auswirkungen von 70 Prozent Zusatzrenten aus der zweiten und dritten Säule in Deutschland im Vergleich zu bloß elf Prozent in Österreich. Oder anders ausgedrückt: Im Deutschland stammen 17 Prozent der Einkommen im Alter aus kapitalgedeckter Vorsorge, in Österreich sind es bloß 3,5 Prozent.

VERTRAUENSVERLUST. Damit bleiben am Ende von 40 Prozent Unterschied der ersten Säule gesetzlicher Pension nur 2,9 Prozent beim Gesamteinkommen: über 65-jährige Österreicher haben aus allen drei Säulen 89,8, Deutsche 86,9 Prozent des Einkommens der Gesamtbevölkerung.

Nachhaltig sind freilich beide Systeme derzeit nicht: durch mangelnde Angemessenheit und Akzeptanz des Rentenniveaus oder durch unzureichende Inklusion oder mangelnde Selbststeuerung und finanzielle Tragfähigkeit bleibt mein Befund: „Kein Schrecken, aber auch kein Ende“.

Statt großer konsensueller Würfe wie in Schweden bleiben Deutschland und Österreich beim Durchwursteln, bei inkrementaler Systempflege, bei nachsteuernder Pensionspolitik. Das heißt: Es gibt alle paar Jahre Rentenreformen und Rentenstreit, angebliche „Jahrhundertwerke“ weisen Halbwertszeiten von ein, zwei Legislaturperioden auf – bis zur Er schöpfung der Wähler und weiterem Vertrauensverlust der Politik.



DER AUTOR

BERND MARIN, 69, ist Österreichs renommiertester Sozialforscher. Er ist Gründer des Europäischen Bureaus für Politikberatung und Sozialforschung in Wien, war Rektor der Webster-University in Wien, zuletzt Gastprofessor an der New Yorker Columbia University. Für die Bertelsmann Stiftung hat er gerade eine „Soziale Inklusions-Bilanz“ vorgelegt. www.berndmarin.eu